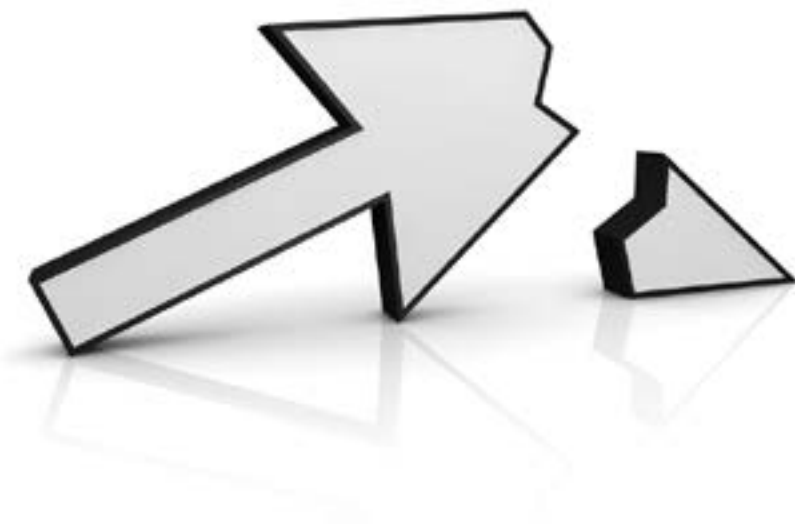


IWF Selbsteingeständnis:

**Sparmaßnahmen führen nicht zur
Konsolidierung**



Hintergrund – IWF Selbsteingeständnis:
Sparmaßnahmen führen nicht zur Konsolidierung

Erschienen: 05.09.2013

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf

Tel.: +49 (0) 211 - 46 93 - 196
Fax: +49 (0) 211 - 46 93 - 197

E-Mail: buero@erlassjahr.de
Website: www.erlassjahr.de

Autor: Nils Herfort
Email: n.herfort@erlassjahr.de

IWF Selbsteingeständnis: Sparmaßnahmen führen nicht zur Konsolidierung

Schon seit längerer Zeit wird immer wieder Kritik an den Folgen des drastischen Sparkurses laut, der in zahlreichen (wirtschaftlichen) Krisenländern gefahren wird. Die Kritik von Oppositionsparteien und NGOs weist einerseits auf die verheerenden Folgen für die Bevölkerung der jeweiligen Länder hin, die mit Stellenstreichungen, geringeren Renten und sonstigen Kürzungen bei Sozialausgaben zu kämpfen haben – andererseits aber auch auf negative Folgen für die Volkswirtschaft der jeweiligen Länder, wie ein geringes oder negatives Wachstum und eine erhebliche Zunahme der Staatsverschuldung. Der IWF, der mit seinen Vorhersagen und Kreditbedingungen auch für eben jene Konsolidierungspolitik verantwortlich zeichnet, blickt traditionell nicht auf die Nöte der Menschen, sondern hat in seiner Beratungsfunktion vor allem die wirtschaftliche Stabilisierung der hoch verschuldeten Staaten im Blick. Nun gibt es jedoch auch aus den Reihen des IWF zunehmend Stimmen, die das eigentliche Ziel der Sparpolitik nicht erreicht sehen.

Olivier Blanchard, Chef-Volkswirt des IWF, und Daniel Leigh stellen in ihrer vergleichenden Studie „Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers“ (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp1301.pdf>) im Juni 2013 fest, dass europäische Staaten, die in Folge der Finanzkrise eine stärkere fiskalische Konsolidierung planten, ein geringeres wirtschaftliches Wachstum erzielten als vorausgesagt. Diese kurzfristigen Auswirkungen der staatlichen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen auf das wirtschaftliche Wachstum drückt der „fiskalische Multiplikator“ aus, der laut der Studie in den Vorhersagen meist viel zu niedrig angesetzt gewesen sei. Je höher der Multiplikator, desto stärker verringert sich das Wachstum der Volkswirtschaft für jeden eingesparten Dollar oder Euro und desto mehr steigt in der Folge auch die Staatsverschuldung, weil nicht erzielte Einnahmen von den Regierungen fast immer durch neue Kreditaufnahme kompensiert werden. Auf der Suche nach Gründen für die deutliche Abweichung des geschätzten Multiplikators vom realen Multiplikator wird darauf verwiesen, dass sowohl private Haushalte als auch Investoren ihre Ausgaben vor allem an ihrem derzeitigen Einkommen ausrichteten und nicht etwa an möglichen Einkommenssteigerungen in der Zukunft. Die Frage warum dies bisher nicht ausreichend angenommen wurde drängt sich dem kritischen Beobachter förmlich auf. Man sollte von Wirtschaftsexperten doch eigentlich erwarten können, nicht auf die Logik einer selbst erfüllenden Prophezeiung zu hoffen. Die Annahme, dass mehr investiert und konsumiert wird, weil eine Einkommenssteigerung vorhergesagt wird, die nur eintreten kann wenn eben aufgrund dieser Vorhersage mehr investiert und konsumiert wird, sollte jedenfalls auch dem Laien abstrus erscheinen.

Die Autoren finden heraus, dass im Zeitraum 2010 bis 2011, bei 1% vorhergesagtem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts europäischer Staaten durch den IWF, das BIP in der Realität im Durchschnitt um einen Prozentpunkt schrumpfte. Auch werden weniger starke, aber dennoch ebenso häufig vorhandene Vorhersagefehler der Europäischen Kommission, der OECD und der Economist Intelligence Unit (EIU) festgestellt.

Im Fazit der Studie wird betont, dass sich die Richtigkeit einer Sparpolitik nicht an den Werten des „fiskalischen Multiplikators“ festmachen lasse, die nur kurzfristige Effekte auf das Wachstum einer Wirtschaft beschreiben würden. Diese kurzfristigen Effekte seien nur wenige von vielen Faktoren, die bei der Ermittlung der richtigen Geschwindigkeit der fiskalischen Konsolidierung berücksichtigt werden sollten. Es wird zudem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Studie keineswegs die Sichtweise des IWF repräsentiere.

Was bleibt, ist jedoch das Eingeständnis des IWF Chef-Volkswirt, dass der IWF aufgrund von falschen Annahmen eine deutliche Fehlprognose der wirtschaftlichen Entwicklung von hoch verschuldeten Staaten abgegeben hat. Vielleicht ist dies der Zeitpunkt, an dem auch abseits von NGOs und UN-Gremien, namentlich bei den Gläubigern und Regierungen, die richtigen Konsequenzen aus der offensichtlich gescheiterten Sparpolitik gezogen werden und über Alternativen wie Schuldenerlasse nachgedacht wird. Zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und zu Gunsten der Bevölkerung, die am wenigsten für die Krisensituation der verschuldeten Staaten kann.